

► **Nr. VO/2022/11766-02**
öffentlich

Lübeck, 20.02.2023

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes

Verantwortliche Bereiche:
Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE

Bearbeitung: Hans-Jürgen Martens (E-Mail: Telefon: 122-2372)

Sascha Luetkens (DIE LINKE) Änderungsantrag zu VO/2022/11766: Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 32.61.00 Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
20.02.2023	Bauausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:
Beschlussvorschlag

Im Stadtteil Travemünde werden die im Bebauungsplan 32.61.00 - Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg - geplanten Erschließungsstraßen wie folgt benannt:

Planstraße 1 - Konstanzer Straße

Planstraße 2 - Münchener Straße

Planstraße 3 - Regensburger Straße

Planstraße 4 - Warendorfer Straße

Planstraße 5 - Langerweher Weg

Planstraße 6 - Bamberg Straße

Planstraße 7 - Grünkraut Weg

Planstraße 8 - Deckenpfronn Straße

Planstraße 9 - Schwäbisch Hall Weg

Planstraße 10 - Mannheimer Straße

Begründung:

Mit den von der Verwaltung vorgelegten Namensvorschlägen konnten sich aus verschiedenen Gründen viele Travemünder:innen und auch die Mehrheit des Bauausschusses nicht anfreunden.

Die hier vorgelegten Benennungsvorschläge nehmen den Umstand auf, dass sich Lübeck per Beschluss der Bürgerschaft zum Sicheren Hafen erklärt hat - und damit über 250 weitere Städte und Gemeinden in Deutschland Aufnahmebereitschaft und Hilfe für Geflüchtete deklariert hat. Travemünde als Küstenort und Hafenstandort ist nach unserer Ansicht prädestiniert dafür diesen Umstand auch in der Namensvergabe des nun entstehenden Neubaugebiets zu würdigen.

Die vorgeschlagenen Namen nehmen alle Orte auf, die bereits mehr als die Hälfte der von seebrücke.org aufgestellten Forderungen an einen sicheren Hafen erfüllt haben.

Die Liste der sicheren Häfen ist hier aufgelistet:

<https://www.seebruecke.org/sichere-haefen/haefen>

Mit der Namensvergabe würdigt die Hansestadt Lübeck andere Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland, die sich auf kommunaler Ebene um eine offene und integrative Gesellschaft bemühen.

Anlagen:

Ausschussmitglied